

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Kirchenpolitik

14. Juli 2015

Ingbert Liebing und Daniel Günther: Großartige Unterstützung der Menschen für Gottesbezug in der Verfassung

Der CDU-Landesvorsitzende Ingbert Liebing und der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, sehen in den heute (14. Juli 2015) durch die Sprecher der Initiative übergebenen mehr als 42.000 Unterschriften ein starkes Signal für einen Gottesbezug in der Verfassung:

„Das ist eine großartige Unterstützung der Menschen für einen Gottesbezug in der Verfassung. Völlig unabhängig von ihrer Religions- oder Parteilzugehörigkeit haben viele ehrenamtliche Helfer Unterschriften für dieses gemeinsame Ziel gesammelt und dadurch Brücken gebaut. Der Landtag wäre gut beraten, dem in den kommenden Beratungen Rechnung zu tragen“, sagte Günther in Kiel.

„Ich habe die überparteiliche und überkonfessionelle Volksinitiative gerne unterstützt. Mit mir haben dies auch viele meiner Parteifreunde getan und mit viel Engagement Unterschriften gesammelt“, erklärte Ingbert Liebing.

Die durch die Initiative angestoßene Debatte habe durchaus neue Kenntnisse

Pressesprecher
Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon: 0431 988-1440
Telefax: 0431-988-1443
E-Mail: info@cdu.ltsh.de
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Pressesprecherin
Katrin Albrecht

Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel
Telefon: 0431 66099-28
Telefax: 0431 66099-88
E-Mail: katrin.albrecht@cdu-sh.de
Internet: <http://www.cdu-sh.de>

erbracht, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther.

Ingbert Liebing ergänzte, er habe die Debatten über das Für und Wider des Gottesbezugs als sehr respektvoll empfunden.

„Wer den Gottesbezug auf den Gott einer Konfession einschränkt, der denkt viel zu kurz. Vielmehr geht es um den in der Verfassung enthaltenen Hinweis auf die Begrenztheit menschlicher Entscheidungen. Dieses Bewusstsein tut jedem politischen Entscheidungsträger gut“, sagte Günther.

Als besonderen Erfolg der Initiative betrachtet Liebing es, dass es nun von allen Seiten Signale gäbe, eine gemeinsame Kompromissformulierung zu finden.

Günther zeigte sich zuversichtlich, dass das breite Engagement und die intensive sowie ernsthafte öffentliche Debatte bei den bisher nicht von der Notwendigkeit eines Gottesbezuges in der Verfassung überzeugten Abgeordneten Früchte getragen hat.

„Deshalb bin ich zuversichtlich, dass es nun eine verfassungsändernde Mehrheit für den Gottesbezug geben wird“, so Günther.